

SPD demokratischer pressediens

P/XXXI/181

21. September 1976

Mehr Demokratie in Europa

Zur Unterzeichnung der Direktwahl-Konvention

Von Ludwig Fellermaier MdB
Vorsitzender der Sozialistischen Fraktion im Europa-
Parlament und Mitglied des SPD-Fraktionsvorstandes

Seite 1 / 30 Zeilen

Wahlpropaganda mit dem Kalender

Die neue Wunderwaffe der osteuropäischen Scharfmacher
der CDU/CSU

Von Egon Höhmann MdB
Stellv. Vorsitzender des Bundestagsausschusses für
innerdeutsche Beziehungen

Seite 2 und 3 / 56 Zeilen

Unions-Rezept für die Jugend: Anpassung und Resignation

Kultusminister Maier offenbart die bildungspolitische
Strategie der CDU/CSU

Seite 4 und 5 / 83 Zeilen

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Skandalöses Spiel der Union mit dem innerdeutschen
Handel (II)

Seite 6 bis 8 / 152 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhardt Eckert

Hausallee 2-10, 5300 Bonn 12
Postfach: 120 408
Pressenhaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 90 37 - 38
Telex: 05 99 848-01 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 68 11
5300 Bonn-Bad Godesberg

Mehr Demokratie in Europa

Zur Unterzeichnung der Direktwahl-Konvention

Von Ludwig Fellermeier MdB

Vorsitzender der Sozialistischen Fraktion im Europa-Parlament und
Mitglied des SPD-Fraktionsvorstandes

Mit der Unterzeichnung der Konvention über die Direktwahl des Europäischen Parlaments durch den Rat ist eine alte Forderung der Sozialdemokraten erfüllt worden. Ohne die Vorarbeit von drei Mitgliedern der Sozialistischen Fraktion, der Berichterstatter Fernand Dehousse und Schelte Patijn und des Parlamentspräsidenten Georges Spénale, wäre die Konvention nicht zustande gekommen.

Der vorliegende Text weist aber Schönheitsfehler auf: Über den Zeitpunkt der Direktwahl schweigt der Rat. Man kann nur hoffen, daß der Beschluß des Europäischen Rates vom 12. Juli 1976 eingehalten wird. Danach soll die erste Direktwahl im Mai/Juni 1978 stattfinden. Der Rat nennt außerdem das Europäische Parlament nicht Parlament, sondern greift die überholte Bezeichnung Versammlung auf, weil es in den Verträgen so heißt.

Die Ratifikation der Direktwahl-Konvention durch den Bundestag dürfte keine Probleme aufwerfen, nachdem die SPD-Bundestagsfraktion wesentliche Vorarbeiten geleistet hat. Auch die Einbeziehung der Berliner Abgeordneten ist trotz der früheren Bedenken der Opposition zufriedenstellend geregelt. Schwierigkeiten können in anderen Ländern auftreten, wo politische Gruppierungen existieren, die um nationale Souveränität fürchten. Die Parteien stehen vor der Aufgabe, die EG-Bevölkerung bis zum europäischen Wahltag zu informieren und zu motivieren. Die wirkungsvolle Zusammenarbeit von demokratischen Sozialisten aus allen neun EG-Ländern in der Sozialistischen Fraktion und dem Bund der Sozialdemokratischen Parteien der Europäischen Gemeinschaft bietet hierfür eine gute Ausgangsbasis.

Wenn das direkt gewählte Europäische Parlament aber nicht mehr Rechte als bisher erhält, wird sich der europäische Wähler kaum dafür interessieren und von der Direktwahl enttäuscht werden. Mehr Demokratie in Europa ist nur möglich, wenn das Europäische Parlament zum Mitgesetzgeber wird, wenn die Entscheidungen aus dem Dunkel des Ministerrates an das Licht der Plenarsitzungen gezogen werden. Dafür setzen sich die europäischen Sozialdemokraten ein.

(-/21.9.1976/bgy/e)

+ + +

Wahlpropaganda mit dem Kalender

Die neue Wunderwaffe der ostpolitischen Scharfmacher der CDU/CSU

Von Egon Hübmann MdB

Stellv. Vorsitzender des Bundestagsausschusses für innerdeutsche Beziehungen

Die Propaganda-Arsenale der deutschlandpolitischen Scharfmacher der Union scheinen jetzt absolut leergefegt zu sein, nachdem im Verlaufe dieses Wahlkampfes auch das letzte Requisit aus der Spielzeit des Kalten Krieges herausgeklaubt worden ist. Jetzt muß offensichtlich der Kalender zur Agitation herhalten. Heinrich Windelen, stellv. Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, hat der Öffentlichkeit eine Zusammenstellung von Daten vorgelegt, mit der die angeblich zwischen "Bonn, Ost-Berlin und Moskau konzentrierten Wahlkampfaktionen der letzten Jahre" bewiesen werden sollen.

Man liest dieses Windelen-Papier durch und stellt fest: Zwischen September 1969 und März 1976 haben zwei Bundestagswahlen und mindestens 20 Wahlen in den Bundesländern stattgefunden; und zwischendrin hat sich tatsächlich Deutschland-, Berlin- und Ostpolitik ereignet. Nehmen wir z.B. die Wahl vom 10. Oktober 1971 in Bremen. Am 30. September 1971, also knapp zwei Wochen zuvor, wurden "umfassende Postvereinbarungen mit der DDR unterzeichnet". Ein klarer Fall von Wahlbeeinflussung durch Bundesregierung und DDR-Regierung, glaubt der Vertriebenenpolitiker Windelen ankreiden zu müssen.

Leider versäumte er, dieser ausgekochten Sache wirklich auf den Grund zu gehen. Weitere vier Wochen vor den Postvereinbarungen nämlich, am 3. September 1971, hatten die Vertreter Frankreichs, Großbritanniens, der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion das Vier-Mächte-Abkommen über Berlin geschlossen und listigerweise u.a. hineingeschrieben (Anlage III, Ziffer 4): "Die Telefon-, Telegraf-, Transport- und andere Verbindungen der Westsektoren Berlins nach außen werden erweitert werden." Und so kam es denn auch, just mit den Postvereinbarungen vom 30. September 1971, in denen zu lesen steht: "Die von den Vertretern der Postministerien der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik getroffenen Vereinbarungen über die Erweiterung der Telefon- und Telegrafverbindungen West-Berlins sind gleichzeitig eine erste Regelung zwischen den zuständigen

deutschen Behörden im Sinne von Teil II Abschnitt C Absatz 3 des Viermächte-Abkommens vom 3. September 1971 und der Anlage III Ziffern 4 und 5 zu diesem Abkommen."

Wer hätte das gedacht! Nicht nur Bonn, Ost-Berlin und Moskau, auch Paris, London und Washington haben damals auf die bremischen Wahlen eingewirkt. Jetzt wissen wir doch endlich, warum das Berlin-Abkommen am 3. September und nicht erst am 11. Oktober 1971 abgeschlossen wurde. Doch halt, dann hätten sich womöglich nicht nur die Postvereinbarungen verzögert, sondern auch das Transitabkommen vom 17. Dezember 1971 und die Berliner Besuchsvereinbarungen vom 20. Dezember 1971. Und dann, ja dann wäre man schon wieder in gefährliche Nähe zum nächsten Wahltermin geraten, zur Wahl in Baden-Württemberg nämlich vom 23. April 1972.

Wie man es auch dreht und wendet, wir müssen uns - immer des CDU-Abg. Windelen eingedenk - ehrlich eingestehen: Eigentlich haben wir in der Bundesrepublik für Berlin- und Deutschlandpolitik überhaupt keine Zeit. Immer stehen irgendwo Wahlen an, so daß jede Aktivität allzu leicht in Verruch geraten könnte. Deswegen ist es wohl das beste, wir schlagen uns Berlin- und Deutschlandpolitik ganz aus dem Kopf. Sollen doch die Berliner sehen, wo sie bleiben, und die Deutschen in der DDR, diese Brüder und Schwestern, ebenso. Irgendwann einmal wird schon ein günstiger Wind den Mantel der Geschichte vorbeirauschen lassen. Und dann, das wollen wir uns alle fest vornehmen, werden wir seinen Zipfel entschlossen ergreifen. - Wenn dann nicht gerade Wahl in Bremen ist.

Nun einmal im Ernst. Der CDU-Abg. Windelen setzt auf Unkenntnis und Dummheit. Mit einem Kalender, der ihn selbst widerlegt, will er dem Wähler eine Art Kameraderie der sozialliberalen Bundesregierung mit den Kommunisten weißmachen. Er unterschlägt bewußt, daß die deutsche Sozialdemokratie der stärkste politische und ideologische Gegner der Kommunisten ist. Für den deutschen Arbeiter, der seine beste politische Vertretung in der SPD findet, ist es deshalb lebenswichtig, daß Friedenspolitik und Ostpolitik unter Führung der Sozialdemokratie weitergeführt werden und nicht der bürgerlichen Rechten anheimfallen, die nationale Interessen schon immer ihrem Egoismus geopfert hat und zu leicht in opportunistische Kumpanei mit Diktaturen verfällt.

(-/21.9.1976/va/pr)

+ + +

Unions-Rezept für die Jugend: Anpassung und Resignation

Kultusminister Maier offenbart die bildungspolitische Strategie der CDU/CSU

Glaubt man dem bayerischen Kultusminister Prof. Hans Maier, Schattenminister für Bildung einer Kohl-Bundesregierung, denn wären viele Handwerkskammern in der beruflichen Bildung Helfershelfer der "Sozialisten". Nicht anders sind Maiers Äußerungen in dem "Spiegel"-Gespräch zu verstehen. Der konservative Bildungspolitiker aus Bayern wittert nämlich in dem vom Handwerk geforderten und begrüßten Ausbau der überbetrieblichen Ausbildungsstätten sozialistische Tendenzen. Der CSU-Politiker ist ideologisch so verklemt, daß er Tatsachen nicht mehr zur Kenntnis nimmt:

- Das Handwerk hat einst aus eigener Initiative mit dem Aufbau überbetrieblicher Ausbildungsstätten begonnen, weil damit die Ausbildung der Jugendlichen in den Klein- und Mittelbetrieben sinnvoll ergänzt und somit auch verbessert werden kann.

- Die überbetrieblichen Ausbildungsstätten fördern und erhalten die Ausbildungskapazität vieler Handwerksbetriebe und tragen damit zur Sicherung des Angebots an Ausbildungsstätten bei.

- Die Handwerkskammern sind heute zum Teil nicht mehr in der Lage, die großen finanziellen Investitionen für den Bau und den Unterhalt überbetrieblicher Ausbildungsstätten alleine zu tragen.

Deswegen hat sich der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, Helmut Rohde, von Beginn seiner Amtszeit an für die Förderung des Ausbaus überbetrieblicher Ausbildungsstätten mit Bundesmitteln eingesetzt. Sein Finanzprogramm für die überbetrieblichen Ausbildungsstätten hat bei den Handwerksbetrieben große Resonanz gefunden. Das zeigen die Anträge auf finanzielle Förderung, die beim Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft eingegangen sind. Seit 1974 bis 1976 (Stichtag 15. September) wurden aus dem Etat des Rohde-Ministeriums 260 Millionen DM für den Ausbau überbetrieblicher Ausbildungsstätten bewilligt bzw. bereitgestellt. Nach dem Finanzplan stellt der Bund für 1977 bis 1979 noch weitere 340 Millionen DM für diesen Zweck zur Verfügung. Zur Zeit liegen beim Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft Anträge mit einem Volumen von über 300 Millionen DM vor.

Bei der Grundsteinlegung für ein modernes Berufsbildungszentrum in Travemünde-Priswall erklärte Minister Rohde am 20. September 1976, daß das Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft auch in Zukunft schwerpunktmäßig den Bau überbetrieblicher Ausbildungsstätten fördern werde, weil sie u.a. erhebliche Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung insbesondere in strukturschwachen Gebieten hätten. Von den 32,45 Millionen DM, die das moderne Berufsbildungszentrum in Travemünde-Priswall kostet, hat der Bund 24,8 Millionen DM übernommen. Davon kommen allein knapp 17 Millionen DM aus dem Haushalt des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft. Während

Kultusminister Maier überall Sozialismus wittert, hat die Handwerkskammer Lübeck beschlossen: "Die Teilnahme an ergänzenden überbetrieblichen Ausbildungsmaßnahmen zur Pflicht zu machen".

Der bayerische Kultusminister redet viel von der Bedeutung der beruflichen Bildung, diffamiert aber alle handfesten Fortschritte, die auf diesem Gebiet bereits erreicht worden sind. Seine konservativen Scheuklappen hindern ihn daran, zu erkennen, daß ohne die ergänzende überbetriebliche Ausbildung, viele Betriebe des Handwerks ihre Ausbildungsleistungen verringern oder gar einstellen müßten. Dies würde aber zu einem weiteren Abbau des Angebots an Ausbildungsplätzen führen. Angesichts der geburtenstarken Jahrgänge der Zukunft - allein 1977 müssen 40.000 zusätzliche Ausbildungsplätze zur Verfügung gestellt werden - würde die Maier'sche Politik für die Jugendlichen verhängnisvoll sein.

Der CSU-Kultusminister Maier verdächtigt in seinem 'Spiegel'-Gespräch auch seinen Kanzlerkandidaten, Dr. Helmut Kohl, mangelhafter ideologischer Standhaftigkeit. Denn Maier hält die im Ausbildungsplatzförderungs-gesetz verankerte Umlagefinanzierung für die betriebliche Berufsausbildung ebenfalls für sozialistisch. Kohl hat jedoch noch in seiner Regierungserklärung vor dem rheinland-pfälzischen Landtag 1973 eben diese Umlagenfinanzierung in der Wirtschaft gefordert. Er wurde aber von seinem Polit-Aufseher Franz Josef Strauß zurückgepfiffen. So war Kohl nicht mehr für die Umlage, sondern fürs Umfallen.

In der beruflichen Bildung haben die Jugendlichen von dem CSU-Politiker Hans Maier nichts zu erwarten. Er möchte die berufliche Bildung gegenüber den anderen Bildungsgängen abschotten. Der Weg über Gymnasium, Abitur und Hochschule soll nur einer Minderheit vorbehalten bleiben. Maier betreibt schon heute in Bayern eine Auslesepolitik unter Kindern. Etwa 25 vH der Schüler erreichen die Klassenstufe 7 bis 10 des Gymnasiums nicht. Über 10.000 Kinder müssen das Gymnasium jährlich wieder verlassen. Bemerkenswert ist übrigens auch: Bayerns Personalausgaben je Schüler an Grund- und Hauptschulen sowie Sonderschulen waren die niedrigsten. Bayern gibt mit 1.438 DM für einen Gymnasiasten 58 vH mehr aus, als für einen Grund-, Haupt- und Sonderschüler.

Das sind Tatsachen der Maier'schen Auslesepolitik. Für die junge Generation, vor allem für jene, die nicht für einen Weg über Abitur und Hochschule handverlesen worden sind, hat Maier einen besonders apperten Ratschlag zur Hand. In dem "Spiegel"-Gespräch macht er sich die Äußerung eines Heidelberger Physiologen zum Thema "Vermeidung von Streß" zu eigen. Maier meint übereinstimmend mit dem Physiologen: "Die beste Lebensversicherung ist Gelassenheit, Anpassung, Resignation, also all das, was unsere radikale Jugend so verdammenwert findet." Gelassenheit mag ja noch angehen, aber Anpassung und Resignation findet nicht nur die "radikale Jugend" verdammenwert, sondern das ist der zynischste Ratschlag, den je ein Kultusminister Jugendlichen gegeben hat.
(-/21.9.1976/va/pr)

+ + +

Die Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Skandalöses Spiel der Union mit dem innerdeutschen Handel (II)

In der CDU hat es immer auch Politiker gegeben, die zu Opfern bereit waren für die Wiedervereinigung "oder auch nur, um den Weg dorthin freizulegen" (Reiner Barzel, am 22. März 1966). Barzels Bekenntnisse vor dem CDU-Parteitag regten den früheren CDU-Bundestagsabgeordneten Hans Dichgans am 26. Mai 1966 zu dem Vorschlag an, der DDR die Finanzierung von Krankenhäusern und Wohnungen anzubieten, um den Lebensstandard der Mitteldeutschen dem in der Bundesrepublik anzugleichen. Er wollte damit und durch verbindliche Erklärungen der Bundesregierung und des Deutschen Bundestages zum Verzicht auf den Versuch, den Zustand von 1946 restaurieren zu wollen, die Resignation "hier und drüben bekämpfen". "Der Schießbefehl", so erklärte Dichgans, "wird schwerlich lange zu halten sein, wenn die Bundesrepublik in Leipzig und Dresden Krankenhäuser baut". Dichgans unterbreitete am 13. November 1966 einen neuen Vorschlag. Der DDR sollten jährlich 250 Millionen DM aus Marshall-Plan-Mitteln geschenkt werden ohne politische Konditionen. Begonnen werden sollte mit einer Summe von 30 Millionen DM zum Aufbau der Dresdner Oper. Das Geld könnte, so Dichgans, im innerdeutschen Handel gutgeschrieben werden. Weitere Beträge sollten für Universitätskliniken, Altersheime und Museen zur Verfügung gestellt werden.

Die Regierung Kiesinger hatte damals eine andere Meinung vom innerdeutschen Handel als die politische Führung der Union heute. Im März 1967 gab die Bundesregierung dem Drängen der Wirtschaft nach und dehnte die Bundesgarantie für langfristige Investitionsgüterlieferungen auf den innerdeutschen Handel aus. Ebenfalls im Jahre 1967 wurde die Gesellschaft zur Finanzierung von Industrieanlagen gegründet, durch die Lieferungen und Leistungen in die DDR mittelfristig finanziert werden können. Gleichzeitig wurden die Widerrufsklausel aufgehoben und die Swing-Beträge für einzelne Unterkonten zu einem Gesamtswing vereint. Am 5. Dezember 1968 wurde mit der DDR eine weitere Swing-Vereinbarung geschlossen, um den Warenverkehr anzuregen. Die Swing-Höhe stieg danach von 440 Millionen VE (1970) auf 790 Millionen VE (1975). Am 6. Dezember 1968 wurde vereinbart, die Jahreskontingente im Investitionsbereich bis 1975 fortlaufend zu steigern. Die DDR erhielt ferner eine einmalige Zahlung von 120 Millionen DM für Mindereinnahmen, die ihr durch die Einführung der Mineralölsteuer entstanden waren.

Der gegenwärtige Stand im innerdeutschen Handel sieht so aus:

-in Millionen VE -

	1. Halbjahr		Veränderungen gegenüber Vorjahr
	1975	1976	
Lieferungen in die DDR	1.929,0	1.954,9	+ 1,3 vH
Bezüge aus der DDR	1.587,4	1.922,2	+ 21,1 vH
	3.516,4	3.877,1	+ 10,3 vH

Die Bezüge stiegen im 1. Halbjahr um 21 vH. Dadurch blieb der kumulierte Aktivealdo gegenüber Ende 1975 in Höhe von 2,4 Milliarden VE konstant bzw. er sank auf rd. 2,3 Milliarden VE. Die CDU/CSU behauptete, dies seien Schulden der DDR bzw. zinslose Kredite, und die BRD würde dieses Geld nicht wiedersehen. In Wirklichkeit handelt es sich hier um Lieferantenkredite unserer Firmen, die in die DDR liefern, in Höhe von 1,6 Milliarden VE, und um Lieferantenkredite der DDR-Firmen, die bei uns verkaufen, in Höhe von 0,5

Milliarden VE. Zu den 1,6 Milliarden VE kommt der Swing von rund 750 Millionen für 1975. Zusammen ergibt das einen Saldo von 2,3 bzw. 2,4 Milliarden VE.

Auf die Frage, ob die Lieferantenkredite eine normale Erscheinung im Handel darstellen, erklärte am 7. September 1976 der Leiter der Treuhandstelle, Franz Rösch, gegenüber dem WDR: "So kann man sagen. Das ist genauso, wie Firmen, wenn sie bei uns verkaufen, Zahlungsziele und Lieferantenkredite gewähren, bzw. wenn sie im internationalen Geschäft tätig sind, Zahlungsziele und Lieferantenkredite gewähren, so auch gegenüber der DDR. Das kann man auch noch anders sagen, wenn man von Zahlungszielen spricht. Ende 1975 entfielen von den Lieferantenkrediten ungefähr 85 Prozent auf Zahlungsziele bis zu einem Jahr. Nur 15 Prozent waren länger als ein Jahr. Hier handelt es sich in der Regel um Anlagen- und Maschinenkäufe. Das ist selbstverständlich und international wie national auch üblich, daß diese Geschäfte längerfristig finanziert werden. Das bedeutet jetzt andererseits: Der kumulierte Aktiv-Saldo 1976 wird ein anderer sein als der von 1974, denn das sind wieder andere Lieferantenkredite als 1974".

Bares Geld spielt nur beim Swing eine Rolle, weil der Warenüberziehungskredit zinslos eingeräumt wird. Seit 1968 kann sich die DDR bis zu 25 vH der eigenen Lieferungen zinslos für Bezüge der DDR aus der BRD bei der Bundesbank verschulden. Die Bundesbank ist für die Lieferfirmen beider Seiten die Clearingstelle, wo die Firmen über das Interzonenhandelskonto der Bundesbank ihre gegenseitigen Verbindlichkeiten begleichen können. Die Lieferantenkredite sind gebunden an die Warenlieferungen. Die DDR kann nicht frei verfügen. Wer der DDR ungebundene Kredit gewährte, über deren Verwendung die DDR keine Auskünfte zu geben braucht, wird weiter unten unter dem Stichwort Landesbank Rheinland-Pfalz behandelt.

Was würde geschehen, folgte man der Forderung der Unionsführung, den Swing zu sperren, als Druckmittel gegen die DDR einzusetzen (Dregger: für jeden Mord 100 Millionen Abzug vom Swing). Die DDR würde weiterliefern, aber nicht beziehen. Sie würde weiter Zahlungen westdeutscher Empfänger einnehmen, ihrerseits aber die Zahlungen einstellen. Der Beauftragte für den innerdeutschen Handel, Willi Kleindienst, erklärte am 16. August 1976 gegenüber dem Spiegel: "Die DDR spürt zunächst einmal gar nichts, nur unsere Lieferanten". Schwierigkeiten hätten nur die mittelständischen Betriebe, die für die DDR produzieren. Tausende Arbeitsplätze würden gefährdet. Die DDR wäre mit einem Bruch der Vereinbarungen zum innerdeutschen Handel in die Lage versetzt, nun ihrerseits die für sie ungünstigen Vereinbarungen aufs Eis zu legen. Sie könnte dem Senat von Berlin mitteilen, daß sie nicht mehr gewillt ist, den Müll und die Abwässer aus Berlin (West) abzunehmen. Unvorstellbar wären die Folgen. Ökonomisch wäre die DDR deshalb nicht zu treffen, weil schon jetzt genügend westeuropäische Firmen warten, um in den DDR-Markt zu gelangen.

Wie bewertet die Wirtschaft wirtschaftliche Sanktionen? Otto Wolf von Amerongen, Präsident der DIHT: "Ich würde sagen, daß wir bisher mit Sanktionen oder, wie es wirtschaftlich heißt, Embargos schlechte Erfahrungen gemacht haben. Ich erinnere an das leidige Thema Embargo in den Soer und Goer Jahren und an Themen des Spezialembargos gegenüber der VR-China, auch in den Soer Jahren. Es hat nie funktioniert. Im Gegenteil. Der mit einem Embargo Überzogene kommt dann gleichzeitig noch in eine Art Märtyrerrolle herein. Und wenn nicht eine breite Öffentlichkeit - und ich meine damit die internationale Öffentlichkeit - hinter einem solchen Embargo steht, werden solche Embargos meistens durchlöchert".

"Ich würde sagen, nach den Erfahrungen auch wiederum ist es sehr schwer, eine Solidarität hinzubekommen, wenn es sich um hier rein bilaterale Anlie-

gen handelt. Wie wollen Sie einem sizilianischen Industriellen klarmachen, daß er Solidarität zu üben hat in einem deutsch-deutschen Konflikt, wenn es sich um wirtschaftliche Dinge handelt? Denn politische Dinge sollen mit wirtschaftlichen Maßnahmen beantwortet werden. M.E. gehört in diese Fragen die Politik und nicht die Wirtschaft".

"Der Swing ist eine Vereinbarung, eingebettet in die gesamtwirtschaftlichen Vereinbarungen. Und sie würden m.E. das gesamte Abkommen, das wir mit der DDR haben, in Frage stellen. Es steht hier die Politik an erster Stelle. Und so hochpolitische Fragen, die man vielleicht vor ein internationales Forum bringen sollte, können durch Einzelmaßnahmen, wo dann ganze Nationen daran teilhaben sollen, sehr schwer beantwortet werden". (Am 10. August 1976 im ZDF)

Wie bewertet von Amerongen Exportkredite im Osthandel? "Die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft wird ganz entscheidend von den Exportkrediten und ihren Konditionen mitgetragen. Dies gilt vor allem im Osthandel, weil hier das mittel- und langfristige Exportgeschäft eine dominierende Rolle spielt". (In einem Brief an Bundeswirtschaftsminister Dr. Hans Friderichs, im September 1976)

Nach einem Wort des Kanzlerbewerbers Dr. Helmut Kohl vom 11. September 1976 sollen "Leistung und Gegenleistung... wieder in einem ausgewogenen Verhältnis zueinanderstehen. Hier nur einige Beispiele, die andeuten sollen, ob das Verhältnis vor 1969 ausgewogen war: Am 10. März 1956 schloß die Regierung Adenauer mit Jugoslawien einen Vertrag über einen Kredit in Höhe von 240 Millionen DM, der zinslos auf 99 Jahre gewährt wurde. Das Geld floß ab, trotz des inzwischen erfolgten Abbruchs der diplomatischen Beziehungen nach der Anerkennung der DDR durch Jugoslawien. Auch Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger machte Jugoslawien Zusagen über die Bewältigung der Vergangenheit auf indirektem Wege in Form von Krediten. Die Kreditgewährung an Jugoslawien erinnert daran, daß die Bundesregierung vor 1969 auf der Grundlage der Hallstein-Doktrin Millionen DM Steuergelder in den Entwicklungsländern mit der Gießkassa verschleuderten, nur um jedes anerkennungswillige Land erreichen und abhalten zu können von der Anerkennung der DDR.

Ein innerdeutsches Beispiel: Am 14. August 1964 wurde eine Vereinbarung über den Wiederaufbau der Saale-Autobahnbrücke unterzeichnet. Am 19. Dezember 1966 wurde diese Brücke für den Verkehr freigegeben. Die Bundesregierung bezahlte in Gänze die Baukosten in Höhe von 5,5 Millionen DM. Seinerzeit waren alle demokratischen Kräfte in der Bundesrepublik begeistert, daß sich überhaupt etwas bewegte. Niemand dachte daran, von der DDR eine Gegenleistung zu fordern. Obwohl die Bundesregierung nicht verpflichtet war, die Folgen der Mineralölsteuer auszugleichen, zahlte sie der DDR 1968 120 Millionen DM als Ausgleich für Mindereinnahmen. Als Beispiel dafür, wie es Herr Kohl mit den Gegenleistungen hält, seien die Kreditleistungen seiner Landesbank an die DDR erwähnt. In welchem Licht muß der Kanzlerbewerber der Union Kohl erscheinen, wenn er auf der einen Seite ohne Rücksicht auf die legitimen Interessen der deutschen Wirtschaft den Swing im innerdeutschen Handel aufgehoben sehen will und auf der anderen Seite als Verwaltungsratsvorsitzender der Landesbank illegale Kredite an die DDR gestattet. Kohls Landesbank vermittelte über ihre Banktöchter auf den Bahamas und in Zürich der DDR folgende Kredite: 5 Millionen DM an Centrale Commerc, DDR, 33 Millionen Dollar (1971) an Deutsche Außenhandelsbank Berlin, DDR, einmal 50 Millionen Dollar und noch einmal 30 Millionen Dollar 1973 an die o.g. Außenhandelsbank, 150 Millionen DM (1974) an INTRAC, DDR. (-/21.9.1976/va/pr)

(Zweite Fortsetzung folgt am 22. September 1976)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller